

IHK sollte mehr Demokratie wagen

REGION Wahlrecht der Kammer ist zu kompliziert und macht Vertreter vieler Branchen zu Unternehmern zweiter Klasse

Analyse

Von unserem Redakteur
Manfred Stockburger



Unkelbach trat wegen Mängeln in der Wahlordnung zurück. Foto: Archiv/Veigel

Sensation! Die wichtigste Nachricht des E-Mail-Rundbriefs der Heilbronner IHK von gestern ist, dass die Kammer am 19. Oktober ganztägig geschlossen ist. Dass Präsident Harald Unkelbach zurückgetreten ist? Nicht erwähnenswert. Dass die Kammer eine neue Wahlordnung braucht, die mit dem IHK-Gesetz vereinbar ist? Ist doch nur eine kleine Formalie. So sieht das schließlich auch der eine oder andere Vizepräsident. Dass dafür am 19. Oktober eine Sondersitzung der Vollversammlung anberaumt ist? Nach eineinhalb Stunden soll die ja schon vorbei sein.

Hürden Problem gelöst? Mit welcher Argumentation die neue Wahlordnung die Zuwahl eines Vertreters des Hohenloher Handels – namentlich Harald Unkelbach – begründen will, ist eine Hürde. Schließlich hatte das IHK-Parlament vor der letzten Wahl, bei der der jetzt abgetretene Präsident ein Mandat knapp verpasst hatte, die Zahl der Vertreter der Absatzwirtschaft aus dem Hohenlohekreis hal-

biert, um damit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region besser Rechnung zu tragen.

Zur Erinnerung: Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stellt klar, dass eine Zuwahl nicht mit dem IHK-Gesetz vereinbar ist, wenn sie allein aus Gründen erfolgt, die in der Person des Kandidaten, ihrer Reputation oder Tätigkeit für ein besonders renommiertes Unternehmen liegen. Mit anderen Worten: Eine Lex Unkelbach ist illegal.

Wenn die Vollversammlung schon dabei ist, über eine neue Wahlordnung nachzudenken, dann

sollte auch diese Formulierung aus Paragraph 1 Absatz 1 der Wahlordnung eine Rolle spielen, nach der es sich um eine freie, allgemeine, unmittelbare und geheime Wahl handeln soll. Frei, geheim und unmittelbar ist die Abstimmung. Aber allgemein? Das würde bedeuten, dass alle Mitglieder das gleiche Wahlrecht besitzen – für moderne Demokratien gilt das allgemeine Wahlrecht als eines der wichtigsten Merkmale, weil es das Standeswahlrecht abgelöst hat.

Die bisherige IHK-Wahlordnung (siehe Grafik) sieht aber vor, dass

Vollversammlung

Sitzverteilung der IHK Heilbronn-Franken, regionalisiert nach Landkreisen

	gesamt	HN	SHA	Hohenlohe	Main-Tauber
Industrie	14	4	3	3	4
Handel	8	4	2	1	1
Banken	5	Genossenschaftsbanken, Sparkasse, Geschäftsbank, Versicherung, Bauspar je 1			
Vermittler	4	2		2	
Verkehr	2	1		1	
Gastro	2	1		1	
IT, Sonstige	7	4	1	1	1

HST-Grafik, Quelle: IHK Heilbronn-Franken

sämtliche direkt zu vergebenden Sitze nach einem genauen Raster Branchen und Teilregionen zugeordnet werden. Und gleichzeitig dürfen die Mitglieder ihre Stimmen nur für Vertreter ihrer eigenen Branche abgeben. Nur Banker dürfen also entscheiden, welche Vertreter der Finanzbranche in der Vollversammlung sitzen, Industrielle können keine Händler wählen und Dienstleister keine Gastronomen. Ganz abgesehen davon, dass die Grenzen zwischen den Branchen oft fließend sind: Echte Demokratie geht anders.

Im IHK-Gesetz heißt es zwar, dass in der Wahlordnung die Aufteilung der Kammerzugehörigen in Wahlgruppen sowie die Zahl der diesen zugeordneten Sitze in der Vollversammlung geregelt sein muss und dass dabei die wirtschaftlichen Besonderheiten des Kammerbezirks zu berücksichtigen seien. Daraus folgt aber nicht zwingend der bisher gültige Abstimmungsmodus mit der Wahl innerhalb der Wahlgruppen – der häufig dazu geführt hat, dass einzelne Kandidaten ihren Sitz garantiert hatten, während sich andere einer richtigen Wahl stellen mussten. So wie Unkelbach.

Minderheitenschutz Wie wäre es also, wenn künftig alle IHK-Mitglieder über die Vollversammlungsglieder aller Branchen abstimmen dürften? Ein Minderheitenschutz – ähnlich wie bei Betriebsratswahlen – könnte dennoch allen Bereichen und Teilregionen eine angemessene Vertretung garantieren.

Am 19. Oktober stellt Hauptgeschäftsführerin Elke Döring den IHK-Mitarbeitern das neue Leitbild der Kammer vor. Ein Mehr an Demokratie würde das Prinzip der Selbstverwaltung stärken. Das wäre eine echte Sensation.